



Sessionsbericht Grosser Rat

Dezember 2011 (5. bis 8. Dezember 2011)

Standespräsident Ueli Bleiker eröffnet die Session mit der traditionellen Eröffnungsrede. Da Regierungspräsident Martin Schmid zum ersten Mal als Ständerat in Bern weilte, wurde er durch seine Stellvertreterin Barbara Janom-Steiner vertreten.

Jahresprogramm 2012 und Budget 2012

Das Jahresprogramm wurde auf Grund von Entwicklungsschwerpunkten und Massnahmen 2012 unter der Leitung des Kommissionspräsidenten Urs Marti durchberaten und zur Kenntnis genommen. In der Budgetdebatte wurde unter anderem der Umbau des Grossratssaals eingehend debattiert. Vorgeschlagen war ein Budgetkredit von Fr. 4'800'000.00. Damit sollte die marode Mikrofonanlage ersetzt, sowie das Raumklima verbessert werden. Der Rat beschloss aus Kostengründen lediglich Fr. 2'600'000.00 für die elektrischen Anlagen mit einer neuen Mikrofon- und Abstimmungsanlage zu sprechen. Die Sanierung des Raumklimas wurde zurückgestellt.

Aus der Ratsmitte wurde die Erhöhung der Gemeinwirtschaftlichen Beiträge an öffentliche Spitäler gefordert. Der Rat folgte der GPK und der Regierung und belies diesen Budgetposten auf Fr. 8'589'700.00

Im Übrigen wurde das Budget genehmigt.

Teilrevision des Einführungsgesetzes zum schweizerischen Zivilgesetzbuch (Umsetzung neues Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes)

Auf Grund von Bundesvorgaben musste die Organisation der Vormundschaft neu geregelt werden. Dabei wird die Behörde professionalisiert und in fünf sogenannte KEBS unterteilt. Die Berufsbeistandschaft soll den zukünftigen Regionen zugeteilt werden.

Beteiligung des Kantons Graubünden an der Finanzierung der Erneuerungsinvestitionen der NTB Innerstaatliche Hochschule für Technik Buchs

Ein Investitionskredit von Fr. 2'589'700.00 wurde gesprochen. In einem zweiten Abschnitt wurde die Regierung mit der Prüfung eines Ausstiegs aus der Trägerschaft beauftragt.

Zusammenschluss der Gemeinden Igis und Mastrils, sowie der Gemeinden Trun und Schlans

Der Fusion Igis und Mastrils zur Gemeinde Landquart wurde einstimmig zugestimmt. Bei der Fusion von Trun und Schlans kamen kritische Voten bezüglich der geringen Bedeutung der Fusion (Schlans lediglich 80 Einwohner) auf. Der Fusion wurde aber grossmehrheitlich zugestimmt.

Totalrevision des Gesetzes über die Volksschule des Kantons Graubünden

Das bestehende Volksschulgesetz aus dem Jahre 1961 bedarf dringend der Revision. In der Eintretensdebatte wurde auf die sehr gute Vorlage verwiesen in welcher folgende Eckpunkte neu geregelt werden: Integration des Kindergartengesetzes, Schulleitung, Klassengrössen, Blockzeiten, Löhne und die Integration des Bereichs Sonderschulung aus dem Behindertengesetz.

Die Eintretensdebatte wurde sehr sachbezogen ohne Polemik geführt. So konnte der erste Teil des Gesetzes am Mittwoch an einer Abendsitzung bis 21.30 zügig erledigt werden. Am darauf folgenden Tag galt es einen emotionalen Knackpunkt zu lösen. Die Frage ob die Lehrmittel nur noch in Rumantsch Grischun oder auch in den Idiomen bereit zu stellen sind, beschäftigte den Rat bis am Donnerstagabend. Der Rat entschied sich in einer schriftlichen Abstimmung mit Zweidrittelsmehrheit für die von Kommission und Regierung vorgeschlagene Kompromisslösung. Da das Geschäft nicht zu Ende beraten werden konnte, wird der Rat in einer Sondersession im März 2012 das Schulgesetz zu Ende beraten.

Wahl Kommission für Gesundheit und Soziales. 1 Mitglied für den Rest der Amtsdauer 2011-2014

Für den in den Nationalrat gewählten Martin Candinas wurde Gabriela Tomaschett in die Kommission Gesundheit und Soziales gewählt.

Anfrage FDP zur Klimapolitik: Auch der Kanton Graubünden soll profitieren

Die FDP setzt ihre erfolgreiche Energiepolitik mit einem Vorstoss betreffend Klimapolitik weiter: *Fraktionsanfrage FDP betreffend Nutzung der CO2-Reduktion durch den Bündner Wald* (bitte anklicken).

In Anbetracht der Arbeitslast des Grossen Rates wurden sämtliche Anfragen und Aufträge in die Februarsession verschoben.

Martin Wieland, Grossrat
Tamins, 11. Dezember 2011